

## HUNDERT TAGE SCHWARZ GELB – DIE SCHONFRIST IST VORBEI

Die schwarz gelbe Bundesregierung ist mit mehreren hehren Zielvorgaben in ihrem Koalitionsvertrag angetreten. Dazu gehören zum Beispiel die Sicherung des Technologiestandortes Deutschland, die Stärkung der heimischen Wirtschaft, die Förderung des Exportes, Klimaschutz, die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie die Sanierung der Staatsfinanzen. Nach 100 Tagen Regierung lassen sich erste Schlussfolgerungen ziehen, in wie weit den Worten Taten gefolgt sind.

Das Ergebnis ist bislang desaströs. Besonders beim Umbau der Energiewirtschaft hin zur Dezentralisation und Förderung der Effizienz ist dies besonders enttäuschend, da die Kanzlerin als frühere Umweltministerin hier umfangreiche Fachkenntnis besitzt. Hierzu einige Beispiele:

- Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland wird ernsthaft verfolgt.
- Die Gebäudesanierung stagniert auf niedrigem Niveau, da nicht mehr Geld in diesem Bereich bereit gestellt wird.
- Das Steuerprivileg für spritfressende Dienstwagen hält sich hartnäckig.
- Das Energieeffizienzgesetz, das Bundeswirtschaftsminister Brüderle auf den Weg bringen will, wird auf Grund seiner Struktur vermutlich wirkungslos bleiben.
- Zahlreiche Ausnahmeregelungen sorgen weiter dafür, dass Unternehmen kaum Ökosteuer zahlen.
- Die stromintensive Industrie wird weiterhin durch Sonderregelungen weitgehend von der Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien verschont.
- Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Michael Fuchs, verkündet, „es bedeute volkswirtschaftlich einen enormen Schaden, gut funktionierende Kernkraftwerke abzuschalten, die weder durch Vogelschrederanlagen (Windkraft) noch durch Subventionsgräber (Photovoltaik) ersetzbar sind.“



Jörg Sutter



Dr. Uwe Hartmann

Hinzu kommt der Angriff auf den Bereich Photovoltaik im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG). Die DGS hat hier in Gesprächen mit dem BMU vorgeschlagen, Mitte dieses Jahres eine 10%ige Sonder-Vergütungssenkung umzusetzen. Aufgrund der Kostensenkung im vergangenen Jahr wäre hierdurch die Wirtschaftlichkeit von neuen Photovoltaik-Anlagen kaum gefährdet.

Der vorgezogene Degressionstermin für Dachanlagen, die nach letzten Informationen vermutlich zum 1.6. erfolgt, stellt sicher für viele Firmen eine enorme Herausforderung dar, ebenso die derzeit als wahrscheinlich geltende Sonderdegressionshöhe von 15%. Dass der Gesetzesentwurf in positiver Weise die Stärkung des Eigenverbrauches von Photovoltaik-Strom fördert und damit der PV eine langfristige Perspektive eröffnet, ist dabei nur ein kleiner Lichtblick.

Die Bundesregierung riskiert gerade, die erneuerbaren Energien als eine der wenigen Zukunftsbranchen in Deutschland zu zerstören. Die mittlerweile auf ca. 80 Milliarden Euro ansteigende Neuverschuldung kommt als Innovationshemmnis verschärfend hinzu. Hoffen wir, dass in den kommenden hundert Tagen positivere Nachrichten aus diesem Bereich zu vermelden sind. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Mit sonnigen Grüßen

► **Jörg Sutter** (Präsident DGS e.V.),  
**Dr. Uwe Hartmann** (Landesverband Berlin Brandenburg)

Anregungen, Kritik und Konstruktives nimmt die DGS-Vereinsführung jederzeit unter [praesidium@dgs.de](mailto:praesidium@dgs.de) entgegen.